

# Freiheitsglocke

**VOS** - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.  
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, Oktober 2013

63. Jahrgang, Nr. 732

## Verhandlungen, Spekulationen und viel Starr- und Eigensinn

*Nach den Bundestagswahlen ist eine erfolgreiche Regierungsbildung nur schwer abzusehen*

Die Bundestagswahl am 22. September hat mal wieder eine ganz spezielle Erkenntnis bestätigt: Sobald am Abend des Wahltages die ersten Prognosen veröffentlicht sind, wünscht sich manche Wählerin und mancher Wähler, sie oder er könne noch einmal wählen, um das Ergebnis zu korrigieren.

In der Tat hat sich dieser Wunsch bei vielen immer noch nicht in Luft aufgelöst. Zu lange schon dauert das Gerede über eine Regierungsbildung an, zu lange auch besteht Unklarheit über das, was uns als Wählerinnen und Wähler erwartet.

Natürlich hatte man zunächst gemeint, der klare Sieg der amtierenden Kanzlerin Angela Merkel würde sozusagen reibungslos von einer Regierung in die nächste führen, lediglich einige Ministerposten würden umbesetzt werden. Dann jedoch wurde offenbar, wie schwierig die Situation wirklich ist. Wer mit wem und wie und was und wohin, so lauten die Spekulationen. Bis weit in den Oktober hinein wird nun schon gefeilscht. Schwarz-Rot oder Schwarz-Grün oder am Ende doch ein Regierungsbündnis, bei dem die Linke mit ihrer schier unerträglichen Aufdringlichkeit in die direkte Gestaltung des Landes eingreifen kann.

Eines ist bei alldem ersichtlich: Es geht hier inzwischen weniger um den Willen und die Interessen der Wählerschar als vielmehr um

Machtpositionen und um die Wahrung des eigenen Renommées. SPD und Bündnis 90/Die Grünen fürchten um ihren Einfluss. Lassen sie sich in Koalitionsverhandlungen zu sehr von den ursprünglichen Konzepten abbringen, dann werden die nächsten Wahlen noch schlechtere Ergebnisse bringen. Aber auch die CDU scheint nicht zum Einlenken bereit. Zu wenig, eigentlich nichts Konkretes ist erkennbar, um ein deutliches Entgegenkommen für den möglichen Koalitionspartner zu signalisieren.

über die Fünf-Prozent-Hürde schwingen dürfte. Für die anderen Parteien sähe es jedoch eher mau aus. Grüne und SPD haben einfach zu wenig zu bieten, um für uns Wähler interessant zu sein. Und die Linke würde in noch größere Schwierigkeiten geraten als bisher. Wer einen Verlust von etwa einem Viertel der Stimmen im Vergleich zur vorherigen Wahl als Erfolg bezeichnet und sich damit brüstet drittstärkste Fraktion zu sein, der leidet offensichtlich unter einem unheilbaren Realitätsverlust, was

**Gemeinsam  
erfolgreich.**

Könnte es nicht sein, dass das Kind zu guter Letzt in den Brunnen fällt und die SPD die Verhandlungen einstellt? Nach dem Motto: Weitere Zugeständnisse sind uns einfach nicht möglich. Und plötzlich bildet man doch mit der Linken und den Grünen eine Regierung und rechtfertigt sich: Schuld ist die CDU/CSU mit ihrer Unnachgiebigkeit.

Nein, es wird (hoffentlich) nicht so weit kommen. Eher könnte man dann tatsächlich auf Neuwahlen zusteuern, bei denen sich vermutlich die FDP wieder

uns als Opfer ihrer Vorgängerpartei SED allerdings völlig egal sein dürfte.

Dieses Land braucht durchgehend Stabilität. Der Slogan „Gemeinsam erfolgreich.“ darf nicht zur hohlen Phrase werden. Die Wählerinnen und Wähler wollen klug und uneigennützig regiert werden. Das trifft besonders auch auf uns Opfer des SED-Regimes zu. Wir sind nicht in die Haft gegangen und haben für Demokratie und Freiheit gekämpft, um nun einem Machtpoker zusehen zu müssen. *Tom Haltern*

Nachdem der Bundesvorstand im August eine ganze Reihe zahlungs-säumiger Mitglieder unseres Verbandes an ihre Beitragsrückstände erinnert hat und sich hier Rückmeldungen unterschiedlichen Inhalts ergeben haben, möchte ich diesbezüglich – in Übereinstimmung mit dem Bundesvorstand – einige Bemerkungen hierzu machen. Zunächst möchte ich es als erfreulich bezeichnen, dass der Großteil der Angemahnten seine Rückstände ohne Diskussion oder gar Murren beglichen hat, selbst wenn sich diese über mehrere Jahre erstreckten. Dies spricht für eine ehrliche und solidarische Haltung der Kameradinnen und Kameraden und drückt auch das Interesse am Weiterbestehen des Verbandes aus. Natürlich wissen wir, dass uns allen die VOS wichtig ist, aber das Leben hat seine Vielfalt und die diversen täglichen Sorgen und Verpflichtungen stehen oft im Vordergrund, sodass man den Beitrag für unseren Verband halt auch mal vergessen kann.

Wie aber angedeutet, es sind nicht alle Antworten zu Gunsten der VOS ausgefallen. Wir sind mit den Zahlungserinnerungen auch auf Ablehnungen gestoßen. Ursache ist zumeist die schwierige finanzielle Situation einzelner Kameradinnen oder Kameraden. Geringe Einkommen, Krankheiten, Pflegebedürftigkeit oder Schulden lassen nicht jedem so viel Spielraum, um auch noch die knapp 50 Euro Jahresbeitrag zu bezahlen. Daher sollten diejenigen, die in gesicherten Verhältnissen leben, keineswegs zu säumigen Mitgliedern werden.

Einen exemplarischen und sehr bedauerlichen Fall stellte Kamerad Haak in der letzten Fg in einem Leserbrief dar. Er erhält, da er nicht die für die „Besondere Zuwendung“ nachzuweisenden sechs Monate inhaftiert war, keine Opferrente. Dennoch hat ihm der SED-Staat das Leben durch dauerhafte Verfolgung ruiniert. Ich – und andere auch – bin daher der Meinung, wir sollten diesen und andere betroffene Kameraden nicht vom Verbandsleben und dem Bezug der Zeitung ausschließen. Un-

ser Verband ist eine Gemeinschaft, die sozial und solidarisch ausgerichtet ist und bei der überhaupt niemand unverschuldet auf der Strecke bleiben darf.

Andererseits zeigt der Fall des Kameraden Haak, dass wir mit der Gewährung der Opferrente nach wie vor viel Arbeit, was heißt einen hohen (Ver)handlungsbedarf haben. Es kann einfach nicht sein, dass jemand, der unter dem SED-Regime gelitten und dort Widerstand geleistet hat und der seit Jahren an der Einkommensuntergrenze lebt, von der „Besonderen Zu-

## Auf ein Wort des Redakteurs

wendung“ ausgeschlossen ist. Wir als VOS waren maßgeblich an der Durchsetzung unserer Opferrente beteiligt, also sollten wir nun keinen von uns auf der Strecke zurücklassen. Aus den Reihen der CDU sind inzwischen deutliche Signale gekommen, die eine Anpassung der „Zuwendung“ an die Steigerungsrate der Altersrente in Aussicht stellen. Wäre es nicht auch sinnvoll, in diesem Zusammenhang auf die Komplexität der Verfolgungsschicksale von SED-Opfern hinzuweisen?

An dem Fall unseres Kameraden Haak wird zugleich das *Deja vu* deutlich, dem wir im Alltag der neuen Bundesländer immerzu begegnen: Einstige Gefängnisärzte und Mitarbeiter des Staatsapparates sitzen an den Schalthebeln des Öffentlichen Dienstes und verfügen über die Schicksale ihrer früheren Opfer. Sie lachen über eben diese Opfer, über deren Situation, über ihre Krankheiten und die soziale Benachteiligung. Wir alle sind – in der Gemeinschaft und individuell – dazu angehalten, unsere Politikerinnen und Politiker auf diesen unhaltbaren Zustand aufmerksam zu machen.

Nachdem ich in den letzten Wochen nun auch persönlich Gelegenheit hatte, (als Besucher!) einen Einblick in den Strafvollzug heutiger Zeit zu nehmen, wurde mir wieder einmal der gravierende Un-

terschied zwischen den inzwischen herbeigeführten Haftbedingungen und jenen, die wir in der DDR hatten verdeutlicht. Damit meine ich auch jene Haftzustände, die unsere älteren Kameradinnen und Kameraden in der Nachkriegszeit erleiden mussten. Es ist aus meiner Sicht unerlässlich, auch intensiv über höhere Haftentschädigungen zu verhandeln.

Wie bereits erwähnt und wie es in dieser Fg nachzulesen ist, stehen unsere Chancen auf Verbesserungen der sozialen Leistungen nicht mal schlecht. Insbesondere die Thüringer CDU macht sich für unsere Interessen stark. Ansonsten ist allerdings festzustellen, dass wir als Opfer der kommunistischen Diktatur in Gesprächen und Statements der Bundestagsfraktionen nicht

mal eine Nebenrolle spielen. Aus meiner Sicht ist es höchst bedauerlich, dass die FDP nicht ins Parlament eingezogen ist. Die FDP hat sich zu allen Zeiten für eine angemessene Entschädigung der SED-Opfer ausgesprochen, und dies ohne die Einschränkungen, die wir jetzt haben. Nach der personellen Erneuerung der Partei rechne ich auf jeden Fall mit einem Wiedereinzug in den Bundestag. Waren es doch weniger die Themen der FDP, die unzureichend waren, sondern die mangelnde Ausstrahlung der Spitzenkandidaten.

Abschließend noch ein deutliches Wort zur Situation der VOS. Da die Mitglieder des Verbandes auf das gesamte Bundesgebiet verteilt sind, gibt es in der Kommunikation zwischen Einzelnen immer wieder Missverständnisse und Missdeutungen. So wurde kürzlich wieder von finanziellen Schwierigkeiten bis hin zur bevorstehenden Insolvenz orakelt. Hierzu möchte ich unmissverständlich mitteilen: Die Finanzen stimmen, ansonsten könnte keine Zeitung erscheinen.

Auch der Bundesvorstand arbeitet zuverlässig wie ehemals, egal dass dieser und jener auch mal eine Auszeit bzw. einen Urlaub braucht. Ich hoffe, wir alle bleiben eine Gemeinschaft – trotz auch kritischer Gedanken.

*Bis zur nächsten Ausgabe  
Ihr Alexander Richter*

## **In dieser Ausgabe Themen, Hinweise, Daten**

### **Titelseite**

#### **Nach der Wahl – was wird werden?**

Deutschland wartet schon einige Wochen auf die Bildung einer neuen Regierung

#### **Redaktionsthema:**

- Jahresbeiträge für die VOS: Sind manche Mitglieder zu arm, um zu bezahlen? 2
- Opferrente: Positive Signale von der CDU, doch leider nicht mehr 2

#### **Eigentlich ja, aber dann doch (noch) nicht**

CDU-Abgeordnete positioniert sich (leider nicht greifbar) zur Opferrente 4

#### **Nichts Konkretes, aber kein Nein**

Eine weitere CDU-Angehörige positioniert sich auf Anfrage der VOS zur Opferrente 5

#### **Man sollte den Opfern lieber die Wahrheit sagen als falsche Maßstäbe anzulegen**

Eine Reaktion auf das Schreiben von Kamerad Haak in der vorigen Fg 5

#### **Glückwünsche zum Wahlerfolg**

VOS in Sachsen-Anhalt gratuliert Abgeordneten 5

#### **Die Schicksale ähneln sich, die Lebensläufe sind dennoch sehr verschieden**

Offene Veranstaltung des Zeitzeugenprojekts der VOS in NRW mit großer Wirkung 6 - 7

#### **Das „Gipsbein“ schreibt über „Erichen“**

Ein Nachruf auf den jüngst verstorbenen Schriftsteller Erich Loest 8

#### **Die heutige Politik macht mir zunehmend Angst**

Steuern wir auf eine neue Diktatur zu? 9

#### **Ist Egon jetzt das neunte Weltwunder?**

Wundenlecken und Trostgeheul bei einem Treffen der SED-Altkaeder um Egon Krenz im ansonsten sehr schönen Suhl 10-11

#### **Flächendeckender Wahlsieg in Sachsen-Anhalt**

Ein (foto)grafischer Überblick 11

#### **Auf Info-Tour in den USA**

Werner Juretzko in Wisconsin und das Museum über den Kalten Krieg 12

Leserbriefe, Info 5

Zitat 9

Nachruf 11

Impressum, Ausstellungen 12

## **Spender für die VOS**

*Spendenbereitschaft der Mitglieder – die Tendenz ist diesmal fallend (leider)*

#### **Es spendeten:**

Gertrud und Wolfgang Stiehl, Wolfgang Schuster, Heinz Richter, Wilfried Herbert Rohleder, Fritz Jury, Helge Olvermann, Brigitte Voelkel, Klaus Jung-hans, Gunnar Rieger, Wilfriede Weigel, Max Haller, Fritz Schaarschmidt, Rainer Hohmuth, Manfred Schulz.

Allen Genannten ein herzliches Dankeschön. Auch die kleineren Spenden helfen unserem Verband.

## **Unverdrossen für die Rechte und das Andenken der Opfer**

*Kamerad Walter Jürß begeht seinen 88. Geburtstag und bleibt der VOS erhalten*

§ Mit seinem Buch „Vogelsang hinter Gittern“ ist uns Walter Jürß, ursprünglich aus Rostock stammend und langjähriger Haftgefährte des inzwischen verstorbenen Schriftstellers Walter Kempowski, ebenso bekannt geworden wie durch die zahlreichen Briefe, in denen er die Politikerinnen und Politiker dieses Landes immer wieder auf das Schicksal der politischen Häftlinge aus der SBZ/DDR aufmerksam macht.

Nicht wenigen hat er dieses Werk mit seinen persönlichen Erinnerungen zugesandt, um ihnen die Gräu- el der stalinistischen Urzeit zu verdeutlichen. Auch seine unterschiedlichen Text-Beiträge für die Fg waren oft genug nachzulesen. Genauso ist seine Beteiligung an Gedenkveranstaltungen immer vorbildlich gewesen.

Nunmehr begeht Walter Jürß seinen 88. Geburtstag, ein Alter, das manch anderer als gesegnet bezeichnen mag, das jedoch in den Reihen der VOS geradezu Ver- pflichtung zu sein scheint. Erfreulicherweise merkt man Walter Jürß diese 88 Jahre nicht an. Mit Nach- druck und mit Biss erinnert er in Gesprächen an die Schicksale derer, die mit ihm in Bautzen inhaftiert wa- ren und dort gelitten haben. In seinen Schreiben setzt er sich für eine bessere Entschädigung der Opfer ein und fordert zugleich mehr Gerechtigkeit bei der Aner- kennung von Haftschäden. Auch für die aktuelle politi- sche Lage liefert er realistische Einschätzungen und zieht Vergleiche der Diktaturen. Wir erinnern uns an die großartige Feier, als Walter Jürß vor acht Jahren den 80. Geburtstag beging. Damals wurde tüchtig für die VOS gespendet, woran man den hohen Bezug des Jubilars zur VOS erkennen kann. Vorstand und Redak- teur danken Kamerad Jürß für seine bisherige Tatkräf- tige Unterstützung und wünschen ihm weiter Kraft und Mut im Kampf für die Rechte der SED-Opfer, zu den- en er selbst gehört. Wenn auch nicht alles erreicht ist, hat sich der bisherige Einsatz trotzdem gelohnt.

*A.R./H.D.*

## **Dieses Transportmittel gab es ab 1961**

*Gefangenentransporte fanden aber auch vorher in menschenunwürdiger Art statt*

In den vorigen Ausgaben der Fg berichteten wir mehrfach über den Barkas B 1000 als Transportmittel mit eingebau- ten engen Zellenkabinen, in denen Häftlinge der Stasi zu Gerichtsverhandlungen oder aus anderen Gründen trans- portiert wurden. Dabei berichtete ein Kamerad, er sei be- reits 1951 in eben einem solchen B 1000 transportiert worden, worauf den Redakteur ein Anruf erreichte, in dem informiert wurde, dass der B 1000 in diesem Jahr noch gar nicht produziert wurde. Diese Information ist richtig. Der B 1000 wurde ab 1961 hergestellt, sein Vor- läufer war der Framo. Ungeachtet dessen wurden die Häftlinge nicht minder menschenunwürdig transportiert, wenn sie sich in den Klauen der Stasi befanden. Insofern ist es unerheblich, in welchem Fahrzeugtyp der Transport stattfand. Redakteur und Vorstand bedanken sich aber für den sachlichen Hinweis. *A.R.*

**Achtung! Nächste Ausgabe wieder mit voller Seitenzahl und den angekündigten Beiträgen.**

## Anpassungsbedarf wird auch auf der Bundesebene gesehen

*Antje Tillmann von der CDU-Fraktion informiert Bundesvorstand über Situation der Opferrente*

Wie geht es weiter mit der Opferrente? Die in 2007 unter Bundeskanzlerin Angela Merkel durchgesetzte Zuwendung für ehemalige politische Häftlinge aus SBZ/DDR wird inzwischen an rund 50.000 Opfer des früheren SED-Regimes gezahlt. Dies ist grundsätzlich eine große Erleichterung für die Betroffenen, wenngleich wir uns von einer gerechten Wiedergutmachung des SED-Unrechts noch ein Stück entfernt befinden, denn nach wie vor werden nicht alle Opfer einbezogen.

Für die Bewilligung wird eine halbjährige Haftzeit vorausgesetzt, und es wurden Einschränkungen durch die Höhe des Einkommens auferlegt, von denen lediglich Rentner befreit sind. Auch die Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten, etwa Energie und Mieten, wurde seit Einführung dieser monatlichen Zahlung nicht berücksichtigt. Dies sind nun etwa sechs Jahre.



In der Fg wurde diese Thematik immer wieder diskutiert, oft genug äußern sich die SED-Opfer hierzu. Vorschläge, Anregungen und Bitten wurden auch den Politikerinnen und Politikern unterbreitet, doch bislang erfolgten die Antworten eher allgemein. Nun liegt dem Bundesvorstand ein Schreiben vom 20. September 2013 vor, das von Frau Antje Tillmann aus der Bundestagsfraktion von CDU/CSU übermittelt wurde und in dem noch mal detailliert auf die „Besondere Zuwendung“ eingegangen wird.

Frau Tillmann zog 2002 über die Landesliste Thüringen in den Bundestag ein, in den darauf folgenden Wahlen gewann sie ihren Wahlkreis Erfurt-Weimar und erhielt das Di-

rektmandat. Nunmehr ist sie stellvertretende Finanzausschussvorsitzende, Mitglied im Vermittlungsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss. Zudem vertritt sie Thüringen im Fraktionsvorstand und steht, was die Interessen der SED-Opfer angeht, auf deren Seite.

Das Schreiben von Antje Tillmann verweist zunächst auf die Beschlussfassung zur Opferrente und die seitdem erfolgten „Nachbesserungen“, die bei der Stichtagsregelung und für Familien mit Kindern wirksam wurden. Dazu heißt es: „Dies wird nicht das Ende unserer Bemühungen sein, Unrecht aufzuarbeiten und Ungerechtigkeiten zu beseitigen.“ Die Einführung einer Härtefallregelung in Gänze sei jedoch vorerst nicht abzusehen.

Positiv zu bewerten ist dem Schreiben zufolge die Erweiterung des Berechtigtenkreises. Frau Tillmann stellt hierzu richtigerweise fest: „Zudem können seither auch aus Aufhalten z. B. in DDR-Jugendwerkhöfen Ansprüche auf die Opfer-Rente entstehen, in denen damals vielfach haftähnliche Situationen herrschten.“

Dies ist erfreulich, allerdings sollte allen klar sein, dass gerade an Jugendlichen in der DDR durch äußerst fatale „Erziehungsmaßnahmen“ großes Unrecht verübt wurde, was eine unbedingte Wiedergutmachung – nicht nur als Sozialmaßnahme – erfordert. Strafhärten und zerstörte Lebensläufe sind heute durch fehlende Akten und Gerichtsurteile meist nicht nachzuweisen.

Ebenso wird auf die nochmals bis 2019 verlängerten Antragsfristen verwiesen.

Die darüber hinaus ins Gespräch gebrachten Verbesserungen wurden durch die Thüringer CDU zwar beantragt, aber sie konnten nicht durchgesetzt werden. Dazu heißt es in dem Schreiben: „Die CDU-geführte Landesregierung Thüringens hatte im Bundesrat seinerzeit gefordert, auch auf andere Art und Weise als durch eine Haftstrafe Verfolgte, z. B. Zwangsausgesiedelte, in den Kreis der Begünstigten aufzunehmen. Diese Forderung fand jedoch keine Mehrheit. Für eine solche

Einbeziehung setzen sich die Thüringer Union und insbesondere die bisherige Thüringer Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Frau Hildigund Neubert, ein, die bei der Bundestagswahl ebenfalls für die CDU kandidierte. Frau Neubert kämpft außerdem für die regelmäßige Anpassung der Zahlung an die Inflationsentwicklung. Den verstärkten Einsatz für die SED-Opfer hat die Thüringer Union daneben offiziell auf ihrem 27. Parteitag in Schleiz im November 2011 beschlossen. Außerdem will die Landespartei die Zugangsvoraussetzungen noch weiter lockern, indem eine soziale Bedürftigkeit für die Antragsbewilligung nicht mehr geprüft zu werden braucht. Die Ministerpräsidentin, wie die gesamte Thüringer Union, setzen sich aber bereits seit Längerem für die Erhöhung der Opferrente ein. Bislang fehlte jedoch bereits im Bundesrat eine Mehrheit für die Anhebung. Der Freistaat selbst hat keine Möglichkeit zur Anhebung. ... Auch auf Bundesebene wird der Anpassungsbedarf aber gesehen. Auch in der nächsten Wahlperiode werden wir uns deshalb der Themen Rehabilitation und Entschädigung weiter annehmen. Im Regierungsprogramm von CDU und CSU für die Jahre 2013 bis 2017 haben wir angesichts der Rentenerhöhungen der letzten Jahre die Prüfung der Erhöhung der Opferrente festgehalten. Die Thüringer CDU wird sich auch weiterhin für die Umsetzung einsetzen. Da die Opferrente aber rechtlich keine Rente im rentenrechtlichen Sinne ist, können Änderungen und Erhöhungen natürlich nur im Rahmen des bestehenden Systems stattfinden.

Wir setzen uns in unserem Regierungsprogramm darüber hinaus dafür ein, dass der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR seiner Aufgabe auch künftig uneingeschränkt nachkommen kann. Die umfassende Aufdeckung des Geschehenen schulden wir nicht nur den Opfern und ihren Angehörigen, sondern auch den nachfolgenden Generationen.“ *B. Thonn*

*Foto: Antje Tillmann (Internet)*

## Den Geruch der Unfreiheit und der Diktatur vergisst man nicht

*Der verbitterte Leserbrief von Klaus-Günther Haak in Fg 731 S. 13 lässt andere VOS-Mitglieder nicht unbeeindruckt*

In der vorhergehenden Ausgabe der Fg berichtete der Bundesvorsitzende der VOS von den Bemühungen des Vorstandes, bei zahlungssäumigen Mitgliedern die sich teils über viele Jahre erstreckenden Beitragsrückstände einzufordern, worauf z. T. verzweifelte Antworten als Rückmeldungen kamen, in denen Probleme zur finanziellen Situation zum Ausdruck gebracht wurden. Welche unterschiedlichen Gründe zu den Beitragsrückständen führen konnten, erfuhren wir aus einem Leserbrief von Klaus-Günther Haak, der zwar das für die Opferrente erforderliche halbe Jahr Haft nicht nachweisen kann, dessen Lebenslauf durch die Verfolgung und die Schikanen der Stasi und der SED dennoch zu einem zerstörten Leben geführt hat.

Das im Leserbrief dargestellte Schicksal dieses Kameraden hat andere VOS-Mitglieder nachdenklich gestimmt. So äußert nachfolgend Klaus Dörfert seine Meinung zu diesem Fall.

☒ Sehr geehrter Klaus-Günther Haak, so wie dir, ergeht es vielen unserer Kameradeninnen und Kameraden. Das ist natürlich ein geringer Trost, aber geteiltes Leid ist leichter zu ertragen.

Es wird auch oft von den Kameradeninnen und Kameraden nach der Rehabilitation der Schutzhaft gefragt. Da muss ich sagen, einen solchen Paragraphen gab es in der Ex-DDR nicht. Es wurde, wie es sich für eine Diktatur gehörte, willkürlich verhaftet, um das System zu schützen. Wer die Ex-DDR richtig erlebt hat, der wird den Geruch von Unfreiheit nie vergessen. Die Einsicht, dass die zerstörerischen Kräfte in den unfähigen Personen des Systems lagen, kommt diesen Systemsklaven allerdings bis heute nicht in den Sinn.

Sicher ist es in einer Diktatur ein nutzloses Unterfangen, wenn sich fortschrittliche, denkende Kräfte für eine ressortübergreifend humane Gesellschaft einsetzen. Doch jene Teile des Volkes einzusperren und mit harter Knute zu unterdrücken, nur weil sie die Verlogenheit des Ex-DDR-Systems durchschauten, das ist ein Verbrechen. Daher ist es ein Wahnwitz wenn sich heute Richter hinstellen und die Urteile der Ex-DDR-Richter relativieren und auf das BGB ummünzen. Daher ist es verständlich, wenn die Opfer es so empfinden, dass man auch heute kaum die Möglichkeit hat, sich zu wehren und man das Stigma eines Kriminellen bis an sein Lebensende trägt.

Daher plädiere ich dafür, man sollte doch den Opfern die Wahrheit sagen, da es ja politische und finanzielle Gründe sind, um eine Entschädigungsregelung abzulehnen. Das wäre ehrlicher. Doch solch ein politischer Zynismus, der die Wiedergutmachung an den Opfern verhindert und selbst die geleistete Zwangsarbeit nicht entschädigt, trägt doch wohl eindeutig die Handschrift der Stalinisten. Inwieweit diese Systemsklaven heute noch unter moralischem Schwachsinn leiden, das mögen die Historiker klären.

*Klaus Dörfert*

## Zumindest die „Prüfung“ auf Inflationsausgleich ist zugesagt

*CDU-Fraktion antwortet auf Anfrage der VOS Magdeburg, die in Fg 731 auf der Titelseite veröffentlicht worden war*

Zunächst möchte ich Ihnen versichern, dass der CDU die weitere Aufarbeitung der SED-Diktatur außerordentlich wichtig ist. Auch die Wissensvermittlung an die Bürgerinnen und Bürger – insbesondere an die junge Generation – soll in der Zukunft weiterhin in vollem Umfang möglich sein. Und schließlich wollen wir uns auch in den kommenden Jahren der berechtigten Anliegen der Opfer der SED-Diktatur annehmen.

In unserem gemeinsamen Regierungsprogramm heißt es dazu: „Wir setzen uns dafür ein, dass der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR seiner Aufgabe auch künftig uneingeschränkt nachkommen kann. Die umfassende Aufdeckung des Geschehenen schulden wir nicht nur den Opfern und ihren Angehörigen, sondern auch den nachfolgenden Generationen.“

Die Arbeit der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur ist aus unserer Sicht unverzichtbar sowohl für die Erforschung und Aufarbeitung als auch zur Unterstützung der Opfer. Nicht zuletzt dient sie der Wissensvermittlung. Insbesondere die junge Generation muss wissen, wie die Diktatur in der DDR funktionierte. Wir wollen daher auch in den kommenden Jahren sicherstellen, dass die Stiftung Aufarbeitung ihre verdienstvolle Arbeit weiter fortführen kann.

Bis heute konnten fast 50.000 Opfer des SED-Regimes von der durch die unionsgeführte Bundesregierung geschaffenen Ehrenpension profitieren. In der laufenden Wahlperiode haben wir zahlreiche Verbesserungen zugunsten der SED-Opfer umgesetzt. In der nächsten Wahlperiode werden wir prüfen, ob eine Anpassung der Opferpensionen angesichts der Rentenerhöhungen der letzten Jahre möglich ist.

Mit dem Freiheits- und Einheitsdenkmal, das auf der Berliner Schlossfreiheit errichtet wird, erinnern wir dauerhaft an das Geschenk der Deutschen Einheit. Zugleich werden wir dem gewaltfreien Widerstand des Herbstes 1989 in Leipzig ein eigenes Gesicht geben und an die auf den Montagsdemonstrationen nach Freiheit strebenden Menschen mit einem Denkmal erinnern.“

Darüber hinausgehende Hinweise und Anregungen nehmen wir selbstverständlich gern entgegen und lassen sie in unsere eigenen Überlegungen einfließen.

*Cornelia Grußendorf, CDU*

## CDU-Kandidaten in Sachsen-Anhalt sehr erfolgreich

*VOS schickt jeweils Glückwunschschriften*

Mit großem Erfolg ging die CDU Sachsen-Anhalt aus den Bundestagswahlen hervor. Mit insgesamt neun Direktmandaten trug sie erheblich zum großen Gesamterfolg auf Bundesebene bei. Die VOS ließ es sich deshalb nicht nehmen, den Gewinnern einen Glückwunsch zu übermitteln und die Hoffnung auf weitere Verbesserungen der Lage der Opfer einfließen zu lassen. *H. D.*

# Die Schicksale sind verschieden, die Erinnerungen hat man gemeinsam

*Öffentliche Konferenz der Zeitzeugen NRW erweist sich als Fundus gelebter politischer Geschichte*

Geschichte ist interessant, aber sie kann einen auch erdrücken. Dies trifft sowohl auf die Schwere ihrer Einzelschicksale wie auch auf deren Vielzahl zu. Und doch ist die Aufarbeitung unerlässlich, wenn es um eine Diktatur geht und wenn die Wiedergabe dieser Inhalte immer weiter verzerrt wird und die schlimmen Wahrheiten von einst allmählich in ein anderes Licht fallen. Nicht zuletzt ist es auch für die Opfer, die noch lebenden wie die toten, unerlässlich, über ihre einstigen Leiden, so fern sie uns zuweilen schon scheinen mögen, zu reden.

Wie bereits mehrfach berichtet, ist das VOS-Zeitzeugenprojekt NRW mittlerweile etabliert. Hier kommen die Betroffenen zu Wort, wobei sie zum einen ihre Erfahrungen untereinander austauschen und zum anderen ihr Wissen an jüngere Generationen weitergeben können. Ermöglicht wurde es durch die Initiative von Herbert Kühn und Detlef von Dechend und natürlich durch die ständige fachliche Betreuung des Wissenschaftlers Dr. Frank Hoffmann (Foto oben links) von der Bochumer Ruhr Uni, ohne dessen Engagement sicherlich vieles nicht laufen würde.

Stancic, Foto oben rechts) oblag und die von der NRW-Landeszentrale für politische Bildung gefördert wurde. Die Veranstaltung hatte öffentlichen Charakter. Sie bot sowohl Lehrkräften wie auch Studierenden die Gelegenheit, aus authentischen Quellen etwas über die Verhältnisse in der kommunistischen Diktatur zu erfahren, wobei der rigorose Umgang mit dem Individuum und die sich daraus häufig ableitende Konsequenz des Widerstandes gegen das Regime oder des gescheiterten Verlassens der DDR und der nachfolgenden Inhaftierung Themenschwerpunkt wurde.

Nach den einleitenden Reden, u. a. gehalten von Professor Voß vom Institut für Deutschlandforschung und Professor Faulenbach, wurde ein Tagesprogramm umgesetzt, bei dem in thematischen Gliederungen jeweils drei bis vier ehemalige weibliche und männliche politische Häftlinge zu Wort kamen. Im Mittelpunkt standen die Schilderungen persönlicher Haft- und Lebensschicksale, die angesichts unterschiedlicher Zeitabschnitte auch eine differenzierte Zuordnung zu der jeweils aktuellen politischen Situation in Deutschland fanden.

cher Schwere ihre Wirkung taten und dies bis heute tun. Nicht selten mündete das Erlebnis Haft, einschließlich der Vor- und Nachgeschichten, zu Depressionen, die wie im Falle von Eva-Maria Neumann zur Arbeitsunfähigkeit und zu körperlichen Beschwerden führten.

Je mehr Einzelberichte vorgetragen wurden, umso intensiver wurde bei den aus der DDR kommenden Zuhörerinnen und Zuhörern die Wiederbelebung von einstmaligen wichtigen Begriffen. Bernd Pieper beispielsweise schilderte seine Erfahrungen mit dem RIAS. Als leidenschaftlicher Musik-Fan listete er die westlichen Titel in Mappen auf und machte sich auch Notizen zu politischen Kommentaren und Analysen. So wusste er bei seiner Verhaftung genauestens über die Modalitäten des Häftlingsfreikaufs aus der DDR Bescheid, was bei anderen Betroffenen nicht der Fall war. Pieper erinnerte in seinem Rückblick auch an ein spezielles Phänomen, das ebenfalls mit dem RIAS zusammenhing: Dies waren Deckadressen, die genannt wurden und über die DDR-kritische Hörer ihren Frust über die Diktatur loswerden konnten.

Ebenso wurde der Name des eins-



Neben den regelmäßigen Jahrestreffen der beteiligten Opfer und den immer häufiger stattfindenden Zeitzeugenauftritten an den hiesigen Schulen fand nun auch eine zentrale Informationsveranstaltung statt, deren Gestaltung Dr. Frank Hoffman (unter Mitarbeit von Dr. Mirjana

Eine sich schnell abzeichnende Erkenntnis der Berichte der Zeitzeugen war dabei, dass sich zum einen die Grundzüge der Opfergeschichten annäherten oder überschritten und dass doch andererseits in bedrückender Weise die erlittenen Repressalien in Unterschiedli-

tigen SFB-Chef-Kommentators und vormaligen Redakteurs beim RIAS Mathias Walden wieder ein fester Begriff, nachdem Michael Schwerk an ihn erinnert hatte. Walden war zu Zeiten der Teilung ein personalisiertes Feindbild der DDR-Ideologen.

→ Seite 7 oben

Er war 1927 in Dresden geboren und dort aufgewachsen. Nach dem Krieg kritisierte er in der lokalen Presse als Journalist die willkürliche Verurteilung von DDR-Oppositionellen schonungslos. Nachdem er von Polit-Rowdys überfallen und massiv bedroht wurde, setzte er sich 1950 kurz entschlossen nach West-Berlin ab, von wo aus er die Zustände in der DDR weiter heftig angriff. Walden war adliger Herkunft, er lebte jedoch aus Gründen der Vorsicht in West-Berlin nicht unter seinem wirklichen Namen.

Zu denen, die aus der DDR nicht freiwillig weggehen wollten, gehörte der promovierte Physiker Dietrich Koch. 1937 geboren, hatte er durchaus die Möglichkeit, die DDR relativ gefahrlos illegal zu verlassen und hätte dies später sogar legal tun können, da ihm die Unterstützung von westlichen Wissenschaftlern angeboten wurde. So jedoch kam Koch mit dem DDR-Regime in Konflikt und wurde 1970 inhaftiert.

Als aufgeschlossener Mensch war Dietrich Koch schon früh an internen Diskussionen beteiligt, die sich mit dem Für und Wider des Sozialismus auseinandersetzten. In seinen Schilderungen im Podium nahm die für 1968 geplante Sprengung der Universitätskirche Leipzig einen breiten Raum ein, die von Dietrich Koch und vielen anderen abgelehnt wurde. Koch beteiligte sich an den Vorbereitungen einer Widerstandskaktion. Gemeinsam mit Gleichgesinnten bereitete er eine Plakataktion vor, die sich gegen die Sprengung der Kirche wandte. Das Plakat wurde durch einen selbst gebastelten Auslöser ausgerollt und sorgte für große Unruhe. Andere in der Konferenz anwesende Zeitzeugen bestätigten, dass die anwesenden Stasi-Leute und Funktionäre zunächst völlig verwirrt waren. Das Plakat hing, so Eva-Maria Neumann, etwa acht bis zehn Minuten, ehe es entfernt werden konnte.

Gemeinsamkeiten ließen sich auch bei der Herkunft der Betroffenen feststellen. Während die meisten von ihnen erwartungsgemäß eine – geografisch gesehen – reine DDR-Biografie hatten, sind Bernd Pieper und Christoph Becke im Kindesalter von der Bundesrepublik mit ihren Eltern in die DDR gesiedelt worden. Obwohl dies in beiden Fällen noch

vor Schulbeginn geschah, kamen beide bereits als Jugendliche mit dem System der DDR in Konflikt.

Ebenfalls in Konflikt mit dem System kam der 1942 in Niesky geborene Peter Hippe. Als Minderjähriger wurde er in den Jugendwerkhof gepresst. Dies war in der DDR ohne Verurteilung und ohne persönlichen Rechtsschutz möglich und konnte ohne zeitliche Begrenzung erfolgen. Diese Verfahrensweise zählt zu den hinterhältigsten Menschenrechtsverletzungen des SED-Staates und bedarf einer weiteren Aufarbeitung. Wer einmal in einem Jugendwerkhof ankam, hatte kaum eine Chance, in ein unbescholtenes Leben zurückzufinden. Den Makel der Zwangserziehung wurde man kaum mehr los. Oft genug gerieten die Jugendlichen auf eine kriminelle Laufbahn oder blieben in den unteren Schichten der Gesellschaft.

Wie schwer der Kampf um die Ausreise aus der DDR in die Bundesrepublik war, schilderte Heidrun Breuer. Sie stellte 17 Anträge und kam dann doch erst in die Haft, ehe sie 1985 in den Westen abgeschoben wurde. So wie in anderen Fällen auch, wurde sie von ihrem Kind getrennt und musste erst eine längere Zeit warten, ehe die DDR-Behörden dieses nachreisen ließen.

Den letzten Teil der Veranstaltung behielt sich Dr. Hoffmann als Moderator selbst vor, wobei er auch das Schema des Podiums änderte und somit die Einhaltung des Zeitrahmens, der bis dahin kaum mehr gewährleistet schien, doch noch absicherte.

Nummehr kamen Ellen Thiemann und Alexander Richter ins Podium. Beide sind schriftstellerisch tätig, wobei Ellen Thiemann mit ihren Enthüllungen (zuletzt in „Wo sind die Toten von Hoheneck?“) immer wieder für Aufsehen sorgte und Richter mit etwa zehn Büchern zum Thema DDR (und zwanzig weiteren literarischen Buchveröffentlichungen) unterschiedliche Kreise an Lesern erreichen. Beiden ist gemeinsam, dass sie bereits Bücher mit zutiefst regimekritischen Inhalten veröffentlichten, als die Mauer noch stand. Dies war – im Gegensatz zur Jetzt-Zeit, in der entsprechende Veröffentlichungen zuhauf vorkommen – absolut gefährlich, hielten sich die DDR-Organen doch in

ihrer Rache an den zurückgebliebenen Verwandten schadlos.

Richter hat in diesem Jahr bereits zwei neue Bücher auf den Markt gebracht, und auch Ellen Thiemann ist mit einer umfangreichen Veröffentlichung hervorgetreten. In dem Buch über die „Toten von Hoheneck“ hat sie 19 IM aufgedeckt.

Richter ging in dem Buch „Zwischen den Welten – Elend und Glanz nach der Übersiedlung“ sehr realistisch auf seine Startschwierigkeiten in West-Berlin nach der Haftentlassung ein. Zugleich blickt er darin auf die Zeit im Zuchthaus von Brandenburg zurück. Man erfährt von winzigen, selbstgebaute Transistorempfängern und von den Filzungen durch das Wachpersonal. Themen, die, wie auch die Recherche-Ergebnisse von Ellen Thiemann, in ihrer Klarheit und Authentizität in der gängigen Literatur nicht unbedingt zu finden sind.

Dankenswerterweise hat Frank Hoffmann als Mentor der Zeitzeugengruppe nach langem Bemühen erreicht, dass fast alle Beteiligten des Projekts ihre Schicksale und Lebensläufe niedergeschrieben haben. Mit Unterstützung des zuständigen NRW-Ministeriums sollen die Texte im nächsten Jahr in Buchform vereint werden, um dann als Anthologie zu erscheinen. Dies dürfte auf jeden Fall eine Bereicherung der bereits bestehenden Buchlisten sein und gerade für NRW, wo es die ehemaligen Häftlinge der kommunistischen Diktatur nicht unbedingt leicht haben, für ein bisschen mehr politische Aufklärung sorgen.

*Winfried Glaubitz*

### **Ins Tagebuch der kritischen Gedanken diktiert**

*Wer als Partei bei einer Bundestagswahl drei Prozent gegenüber dem vorigen Wahlergebnis verliert und dennoch von einem großen Erfolg herumredet und sich gar die Beteiligung an einer Regierungskoalition mit SPD und B'90/Die Grünen anmaßt, anstatt die auffallenden Verluste selbstkritisch zu analysieren, muss sich doch in der Tat fragen lassen, ob in ihrer oder seiner Wahrnehmung insgesamt alles stimmt oder ob man sich nicht in einem grundsätzlichen Konstrukt aus Lüge und Heuchelei verschanzt hat.*

*Hugo Diederich*

## Die Nummer 23/59 war „Erichen“ – ein NACHRUF auf den jüngst verstorbenen Erich Loest

Alle deutschen Fernsehsender brachten Sondersendungen; überregionale und Provinzzeitungen gedachten dem plötzlichen und unerwarteten Ableben des bekannten und geschätzten Schriftstellers Erich Loest, der am 12. September 2013 verstarb. Dass Loest ein guter und fleißiger Autor war, stand bei allen Meldungen im Vordergrund. Fast nebenbei hingegen wurde erwähnt, dass Loest auch sieben Jahre in politischer Haft war und bis September 1964 in Bautzen wegen „Staatsverrat“ eingesperrt gewesen ist. Von der Stasi-Sonderhaftanstalt Bautzen-II, dem sogenannten Prominenten-Knast, war so gut wie nichts zu lesen.

Für die „hochgebildeten“ Journalisten und leider auch für so manchen Historiker ist heute noch Bautzen gleich Bautzen, was natürlich nicht der Wahrheit bzw. den Tatsachen entspricht.

Bautzen-II war die einzige (geheime oder Sonder-) Vollzugsanstalt der Stasi in der ehemaligen DDR. Der

Bau lag mitten in der Stadt auf dem Gelände des Justizgebäudes und ist vom weltweit bekannten „Gelben Elend“ (Bautzen-I mit über 3.000 Toten) etwa zwei Kilometer entfernt. Der Geheimhaltungswahn ging zunächst sogar so weit, dass selbst das Wachpersonal die Namen der Häftlinge nicht erfahren durften. Schließlich sollten die diensttreuen Schließer nicht etwa vor dem ehemaligen DDR-Außenminister Georg Dertinger, vor allerlei Professoren oder sonstigen geschassten Politgrößen in Respekt verfallen und an der Ideologie des SED-Staates zu zweifeln beginnen. Erst Mitte des Jahres 1965 wurde diese Bestimmung gelockert bzw. aufgehoben.

In Bautzen II wurden alle „Straftäter“ festgehalten, die mehr wussten als die SED erlaubte, und die mehr wollten als sich die Genossen des Politbüros vorstellen konnten.

Grundsätzlich war hier Einzelhaft angesagt, aber es war auch hin und wieder möglich, innerhalb von

Häftlingsgemeinschaften (Arbeitskommandos) Zwangsarbeit zu verrichten.

Jeder Häftling hatte neben seiner offiziellen Nummer unter den Mithäftlingen natürlich seinen eigenen Spitz- bzw. Kosenamen.

So verbarg sich unter dem Stasi-Gefangenen

23/59 zum Beispiel „Erichen“,

also der Schriftsteller Erich Loest. Ansonsten gab es zum Beispiel auch den „Löffelfranz“, den „Bäcker“, die „Perser“, den „Mohrle“, den „Weltmann“ oder das „Gipsbein“, das ich selber wurde, nachdem mir als Strafgefangener 9/60 das Sprunggelenk und das Wadenbein gebrochen sowie der Bandapparat zerfetzt wurde.

Raue Sitten wurden damals im Stasi Knast Bautzen-II praktiziert, wovon heute kaum noch jemand berichtet oder diese Zustände wahrhaben will. Ganz natürlich war es zu dieser Zeit auch üblich, eine winzige Einzelzelle mit drei Häftlingen zu belegen und diese darin noch arbeiten zu lassen. Jeder Tierschutzverein würde heute sofort Strafanzeige erstatten. Auch in der „Gedenkstätte“, die heutigen Tags dort eingerichtet ist und die ich gern als „Märchenhaus“ bezeichne, ist davon nichts zu sehen.

Ich lernte „Erichen“ Loest bei einer gemeinsamen Zwangsarbeit, in der Stasi-Sonderhaftanstalt Bautzen-II kennen. Wir mussten im Motorenbau für das Elektro-Motorenwerk VEB-Dresden-Niedersedlitz schuften. Nach unseren Haftentlassungen, „Erichen“ nach Leipzig und ich in die Bundesrepublik, wurde



unser bescheidener Schriftverkehr natürlich von der Stasi überwacht. Auszüge davon finden sich in Loests Buch „Die Stasi war mein Eckermann“. Bis zu unserem Wiedersehen nach der Haft verging dann etwa ein Jahrzehnt. Wir trafen uns 1977 bei der Buchmesse in Frankfurt/M. Es war für „Erichen“ der erste genehmigte Ausflug in die Bundesrepublik. Als Pfand musste Loest seine Ehefrau und drei Kinder in der DDR zurücklassen. 1981 durfte Loest dann offiziell und endgültig in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln. Von da an hielten wir unregelmäßige Verbindung durch gegenseitige Besuche, Briefe und Telefonate. Dies blieb bis zu seinem Ableben im September dieses Jahres so.

Jenes „Märchenhaus“ Bautzen-II, das jetzt „Gedenkstätte“ ist, hat „Erichen“ niemals besucht, obwohl er kaum 100 Meter davon entfernt eine Buchlesung hielt und dazu Gelegenheit gehabt hätte.

Loests Leben galt immer der offenen Wahrheit. Nicht zuletzt deswegen wird er mir und all seinen Freunden und Kameraden im eigenen Leben sehr fehlen.

*Ehrhard Göhl (9/60 – in Worten: neun Strich sechzig)*

**Die Abbildung** zeigt Erich Loest nach einem Gemälde von Johannes Heisig



# Eine MPI-Garbe hat mich vom Sprung in die Spree abgehalten

*In einem Brief vom 10. August 2013 von Jürgen-Kurt Wenzel an einen Bundespolitiker wird noch einmal das Leben von einst mit seinen Zwängen und Unfreiheiten gegen das von heute abgewogen*

---

**Bereits mehrere Wochen vor der Bundestagswahl vom 22. September wandte sich Kamerad Jürgen-Kurt Wenzel an den Bundestagsabgeordneten der CDU Philipp Murmann, um ihm einige Fragen zur politischen Lage in Deutschland zu stellen, die auch viele andere VOS-Mitglieder bewegen. Dabei ging es ihm insonderheit um die berechtigte Sorge um ein weiteres politisches Abdriften nach links und um das Schwinden langer demokratischer Traditionen und sozialer Sicherheiten.**

**Lesen Sie nachstehend sowohl den Brief von Kamerad Wenzel wie auch die von Herrn Dr. Murmann gegebene Antwort vom 28. September, also eine Woche nach der Bundestagswahl.**

Sehr geehrter Herr Dr. Murmann, im Februar 1964, ca. zwei Monate vor Ihrer Geburt, unternahm ich meinen ersten Fluchtversuch aus der SBZ, dem von den Westmächten besetzten Teil Deutschlands.

Der Versuch scheiterte hinter dem Reichstagsgebäude, nachdem mich eine MPI-Garbe vom Sprung in die

---

**Mir und meinem Umfeld macht die Politik der letzten Jahre zunehmend Angst.**

---

Spree abhielt. Heute erinnert dort ein Gedenkkreuz, seit meine Biografie erschienen ist, ohne den Zusatz „unbekannt“.

Der beginnende Wahlkampf veranlasst mich, Ihnen ein paar Briefe, Artikel und Hintergrundinformationen zu überreichen. Ich bin nach dem Einigungsvertrag – wie viele andere – aus der CDU ausgetreten, habe sie aber bis letztens gewählt. Dies ist der SPD ähnlich ergangen.

Mir und meinem Umfeld macht die Politik der letzten Jahre zunehmend Angst. Sie können meine Gedanken anhand der umfangreichen Anlagen nachvollziehen. Die politischen Akteure der pervertierten Denkweise (Helmut Schmidt über die 68er) suhlen sich an den Trögen der Macht und haben nur die Uniformen gewechselt. Siehe Henry Nannen und Co.

Ich persönlich habe neben Verachtung auch zunehmend Wut auf diese selbsternannten Eliten. – Macht statt Freiheit. Bei der anstehenden Wahl werde ich daher nur noch Personen wählen können! Vielleicht sogar welche aus der totgeschwiegenen AfD. Denn die Wahrheit kann man nicht verschweigen. Hoffentlich ist es noch nicht zu spät.

---

**Ich bin froh, dass uns die Amerikaner und nicht andere überwachen!**

---

Vor allem mache ich meine Wahlentscheidung von Ihrer Antwort abhängig. Besonders bezüglich des beiliegenden Fragekatalogs der UO KG, denn die Täter des Totalitarismus' triumphieren. Hoffen wir, dass uns unser Europa nicht um die Ohren fliegt. Nach Diktatur riecht es ja schon!

Was den sogenannten Überwachungsskandal angeht, verweise ich auf das Recht der Siegermächte, welches auch nach dem 15. März 1991 in den Bundesgesetzen festgeschrieben ist, sowie den Artikel 107 in der UNO-Feindstaatenklausel. Ich bin froh, dass uns die Amerikaner und nicht andere überwachen!

Ich verweise auf das Interview von Egon Bahr im Oktober 2011 in der Jungen Freiheit: Lebenslüge der (West)Deutschen. Der wünschte sich ja so einen runden Tisch im Zeitgeist der Gutmenschen, inklusive Partei Die Linke.

Ich möchte sie auf den verdienten Sozialdemokraten Ewald Christiansen aufmerksam machen (Wilhelm Fricke: „Konzentrierte Schläge“). Er war bis zu seinem Tod aktiv im Gewerbeverein und Gründer der Caspar von Saldern Stiftung etc. Er hat vor dem Tod sein SPD-Buch zerrissen. Von den SED-Schergen verschleppt und als Patriot von den eigenen Genossen verraten.

*Mit freundlichen Grüßen  
Jürgen-Kurt Wenzel*

**Das Zitat:** *Die Revolution ist die erfolgreiche Anstrengung, eine schlechte Regierung loszuwerden und eine schlechtere zu errichten.*

Oscar Wilde

**Nachfolgend das Antwortschreiben von Dr. Philipp Murmann**

Sehr geehrter Herr Wenzel, ich möchte mich auf diesem Wege für die Unterlagen mit Ihrer Lebensgeschichte bzw. den Dokumenten über die Verhältnisse von politischen Häftlingen im Unrechtsregime der DDR bedanken. Ihre Biographie und die weiteren Unterlagen, die ich bisher erst zu einem Teil lesen konnte, sind für mich bewegend. Bereits Anfang des Jahres habe ich mit anderen SED-Opfern gesprochen, die mir von

---

**Sie können sich sicher sein, lieber Herr Wenzel, dass wir uns in der Fraktion ... auch weiterhin für die Interessen der in der DDR politisch Verfolgten einsetzen.**

---

ähnlichen Erfahrungen berichtet haben. In der abgelaufenen Legislaturperiode konnten wir in der Union schon einige Verbesserungen für die Opfer des SED-Unrechtsregimes erwirken. Für Sie und für viele weitere Betroffene ist dies, da bin ich sicher, nur ein kleiner Schritt. Aber Sie können sich sicher sein, lieber Herr Wenzel, dass wir uns in der Fraktion - allen voran mein geschätzter Kollege Arnold Vaatz - auch weiterhin für die Interessen der in der DDR politisch Verfolgten einsetzen. Wir werden dabei u. a. prüfen, ob angesichts der Rentenerhöhungen der letzten Jahre eine Anpassung der Opferpensionen möglich ist. Dies haben wir auch in unserem Regierungsprogramm klar gestellt. Für weitere Hinweise und Anregungen aus dem Kreis der Opferverbände sind wir jederzeit offen und werden diese in unsere Überlegungen einfließen lassen. Versprechungen - und da bitte ich auch um Ihr Verständnis - kann und werde ich derzeit nicht machen. Dies wäre unseriös.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen weiterhin alles Gute und verbleibe  
*Dr. Philipp Murmann*

---

**Ann.:** *Vorstand und Redakteur danken Dr. Murmann für die offenen Äußerungen und die angekündigten weiteren Bemühungen.*

# Es gibt sie noch, aber diese sonderbare Spezies nimmt allmählich ab

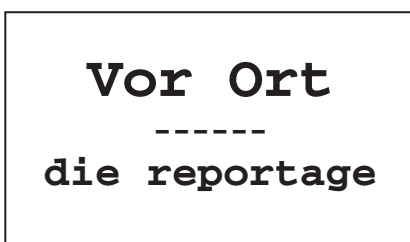
*Treffen der bewährten Alt-Stalinisten in Suhl verläuft mit Tränen der Rührung und der Wehmut*

**Ein Treffen von Alt-SED-Mitgliedern und früheren Staatsfunktionären, das anlässlich der Vorstellung des von Egon Krenz herausgegebenen Buches über den einstigen DDR-Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht bereits im August in Suhl stattfand, wurde von unserem VOS-Kameraden Dr. Jörg Bernhard Bilke besucht. Es war ein Treffen, so JBB, das es in dieser Zahl und Zusammensetzung vermutlich nie wieder geben wird.**

Wenn die Weltgeschichte, wie der Marxismus lehrt, eine ununterbrochene Abfolge von Klassenkämpfen ist, dann ist die Geschichte der kommunistischen Bewegung eine ununterbrochene Abfolge von Fraktionsbildungen, Abspaltungen, Parteausschlüssen, und – sobald die Kommunisten irgendwo an die Macht gekommen waren – von Verhaftungen, jahrelanger Untersuchungshaft und harten Verurteilungen, oft mit Todesfolge wie in Ungarn (Laszo Rajk 1949) oder in der Tschechoslowakei (Rudolf Slansky 1952). War der Hegelsche „Weltgeist“, der bei Karl Marx in Gestalt des „Proletariats“ auftritt, dem „Regenten“, wie die Abweichler genannt wurden, gnädig gesinnt, konnte er nach Jahren, wenn die durch die Staatsmacht vollzogene Zerstörung seines Lebens zum politischen Irrtum erklärt worden war, erneut in die Partei aufgenommen werden. So erging es Paul Merker (1894-1969), dem Mexiko-Emigranten und Widersacher Walter Ulbrichts (1893-1973), der 1952 als „feindlicher Agent“ verhaftet, 1955 zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden, aber schon 1956 vorzeitig entlassen und wieder in die Partei aufgenommen worden war. Nachlesen kann man diese Lebensläufe in Hermann Webers kenntnisreichem Lexikon „Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945“ (Berlin 2008), das immerhin 1.168 Seiten umfasst.

Wer am Nachmittag des 29. August der Einladung ins Suhler Hotel Thüringen gefolgt war, konnte diese „Welt von gestern“ (Stefan Zweig) noch einmal bis zum Erbrechen er-

leben. Als ich gegen 17.00 Uhr den Raum im ersten Stock betrat, wo eine Vorstellung des Egon-Krenz-Buches „Walter Ulbricht“ (2013) stattfinden sollte, was aber als Veranstaltung der linkssektiererischen Zeitschrift „RotFuchs“ getarnt war, meinte ich, ins Jahrestreffen des Keglervereins „Alle Neune“ oder der Sängervereinigung „Waldeslust“ geraten zu sein: Alle kannten sich, begrüßten einander lauthals und umarmten sich mit klassenkämpferischem Schulterklöpfen.



Es war verwunderlich, dass sie nicht zu Beginn gemeinsam die „Internationale“ oder die DDR-Hymne sangen. Die Freude darüber, wieder einmal Nestwärme und synchronisierten Zungenschlag zu genießen, war körperlich spürbar und überwältigte die Altgenossen bis zur Tränengrenze. Es war wie im Tierpark Heinrich Dathes in Berlin-Friedrichsfelde, wo man die letzten DDR-Stalinisten in freier Wildbahn beobachten konnte. Die rund 60 „Genossen“ (höchstens fünf Teilnehmer waren Journalisten und kritische Zuhörer!) waren unter sich, sie trauerten noch immer dem 1989 so schmachlich untergegangenen SED-Staat nach, der sie mit lukrativen Posten im Parteiapparat versorgt und mit unanfechtbaren Machtpositionen gegenüber der wehrlosen DDR-Bevölkerung ausgestattet hatte. Aber nun geht schon fast ein Vierteljahrhundert, obwohl sie gute Renten beziehen, ein Heulen und Zähneklappern durch ihre Reihen, dass sie ihren geliebten Staat, dem sie alles verdankten, nicht vorm Untergang bewahren konnten, und sie versprechen einander, es, wenn es vielleicht einmal wieder „andersherum“ kommt, besser zu machen, gemäß dem Lied aus dem Bauernkrieg „Geschlagen ziehen wir nach Haus, unsre Enkel fechten's besser aus!“

Um einem Irrtum vorzubeugen: Bei den in Suhl versammelten Altgenossen handelte es sich keineswegs um Anhänger Gregor Gysis, der immerhin klare Worte gegen die SED-Diktatur 1949/89 findet, es handelte sich vielmehr um die Gefolgschaft des in Dierhagen/Ostsee lebenden Egon Krenz, des kurzzeitigen Nachfolgers Erich Honeckers 1989, der knapp vier Jahre als Freigänger im Berliner Gefängnis Plötzensee zugebracht hat, weshalb er heute als Märtyrer und Heiliger gilt und dem deshalb in Suhl, wo er nur „der Egon“ genannt wurde, alle Sympathien zuströmten.

Eingeladen hatten nach Suhl die „Interessengemeinschaft Geschichte“ innerhalb der Partei „Die Linke“ und der Berliner Verlag „edition ost“, wo das Walter-Ulbricht-Buch im Mai erschienen ist. Auf dem Podium saßen Ilona Günther, ehemaliges ZK-Mitglied in Ostberlin und führende Genossin („Agitation und Propaganda“) in der SED-Bezirksleitung Suhl, Walter Ulbrichts letzter Leibarzt Dr. Rainer Fückel (SED) und Helmut Müller, nach Konrad Naumann (1928-1992) zweiter Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin. Nicht erschienen waren Dr. Hans Reichelt, 1972/89 DDR-Landwirtschaftsminister, und Gerhard Mendl, einst Erster Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Rostock.

Verlagsleiter Frank Schumann erzählte dann einleitend, wie das Buch zustande gekommen war, dass innerhalb von vier Wochen 6000 von 7000 Exemplaren verkauft werden konnten und dass bereits fünf der 70 Beiträger verstorben seien, darunter der Schriftsteller Erik Neutsch (1931-2013) und Kurt Blecha (1923-2013), der 1961 am 15. Juni als Leiter des Presseamtes beim DDR-Ministerrat den Vorsitz der legendären Pressekonferenz im „Haus der Ministerien“ geführt hatte, wo Walter Ulbricht den am 13. August 1961 als Lüge enttarnten Satz gesagt hatte: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen.“

Danach kamen die drei Parteiveteranen auf dem Podium zu Wort, zunächst die 1928 geborene Ilona Günther. → Seite 11 oben

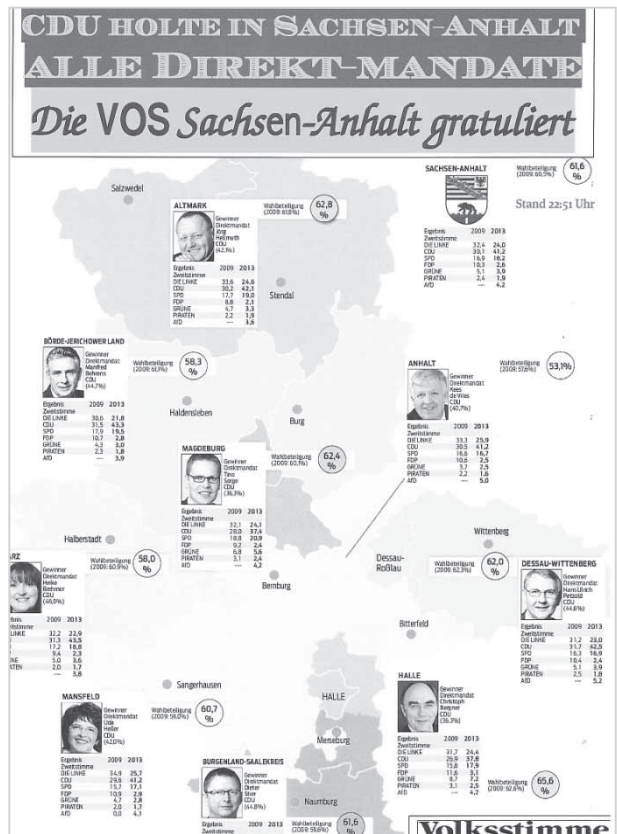
Sie erzählte noch einmal die rührende Geschichte, wie sie am 17. Februar 1954 nach Bonn zur SPD-Zentrale fuhr, um im Auftrag Ulbrichts dem SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer einen Brief zu überbringen, womit die Aufrüstung Westdeutschlands verhindert werden sollte. Die Briefträgerin wurde aber brüsk abgewiesen, der Brief erschien dann am 19. Februar in der SED-Zeitung „Neues Deutschland“, ohne die Sicherheitspolitik Konrad Adenauers irgendwie zu gefährden.

Auch Leibarzt Fuckel (76), ein Arbeiterkind aus Bad Liebenstein, der Schlosser gelernt hat, der dann im Jahr des Arbeiteraufstands 1953 in die „Arbeiterpartei“ SED eingetreten ist und nach dem Abitur an der „Arbeiter- und Bauernfakultät“ an der Universität Jena Medizin studiert hat, wusste nur Belangloses aus den Krankenakten des von ihm 1971/72 betreuten Patienten beizutragen. So hätte „Wulbricht“ (Herbert Wehner) nach Politbürositzungen immer einen hohen Pulsschlag gehabt. Wann sollte denn das gewesen sein? Nach Walter Ulbrichts Sturz durch den Genossen Erich Honecker am 3. Mai 1971 hat sein Patient an keiner Politbürositzung mehr teilnehmen dürfen. Außerdem: Die Spitzengenossen, die, abgeschottet von der Bevölkerung, in Wandlitz bei Berlin gewohnt hätten, wären bescheidene Menschen gewesen, von „spartanischer Lebensweise“. Hat das ihre unmenschliche Politik erträglicher gemacht?

Helmut Müller (83), dem in Suhl die Rolle eines Kurt Hager von der „Ideologischen Kommission beim ZK der SED“ zugefallen war, sprach über die „Konterrevolution“, die dem SED-Staat nach der Moskauer Geheimrede 1956 über Stalins Verbrechen und nach dem Ungarnaufstand gedroht habe. Er erwähnte auch, in unerwarteter Einsicht, die „Demokratiedefizite“ im „Arbeiter- und Bauernstaat“. Als ob es in der

DDR jemals echte Demokratie gegeben hätte, deren „Defizite“ zu beheben gewesen wären! Die DDR war vom 7. Oktober 1949 bis zum 9. November 1989 ein ununterbrochenes Demokratiedefizit!

Auch der Einwurf Frank Schumanns, man hätte die Einschränkungen der Bürgerrechte durch die „Staatssicherheit“ nie akzeptiert, konnte nur Kopfschütteln auslösen: Es gab im SED-Staat keine Bürgerrechte, die hätten eingeschränkt werden können! Die Bürgerrechte wie Rede- und Versammlungsfreiheit, Reisefreiheit und Streikrecht, die Bürgertum und Arbeiterklasse im 19./20. Jahrhundert erkämpft hatten, waren seit 7. Oktober 1949 abgeschafft! Man kann im Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11. Dezember 1957 nachlesen, was alles verboten war. Der Paragraph „Staatsgefährdende Hetze“ bedeutete nichts anderes als: Kritik an Staat und Partei waren verboten! Es genügt, einen politischen Witz zu erzählen, und man landete für zwei Jahre im Zuchthaus Waldheim! Die Stalinisten von Suhl, die immer noch ihre 1989 geschlagenen Wunden lecken, beklagten sich auch darüber, dass ihnen die Jugend nicht mehr zuhört! Was soll eine aufgeklärte Jugend auch damit anfangen, dass man ihnen wahrheitswidrig erzählt, in der DDR hätte „das Volk“ über Gesetzesvorlagen abstimmen dürfen. Demokratische Alternativen zu diesen Gesetzen durften nicht eingebracht werden. Und wer solche öffentlich einforderte, wurde



mit dem Strafrechtsergänzungsgesetz konfrontiert.

Ich war wohl der einzige ehemalige Zuchthäusler im Saal, aber mir mit meinen Waldheim-Erfahrungen die DDR auf derart wirklichkeitsfremde Weise erklären zu wollen, war eigentlich mehr als eine Zumutung! Vielleicht sollte man hier auf einen Artikel Daniela Dahns im Neuen Deutschland vom 25. April 2009 verweisen. Dort schrieb unter dem Titel „Das Urteil von den zwei deutschen Diktaturen“ die ein wenig aufgeklärtere Gesinnungsgenossin der Suhler Stalinisten: „Nicht minder düster die politische Strafjustiz ... Erschreckend viele Menschen sind, hauptsächlich in den ersten fünfzehn Jahren der DDR, unter unsäglichen Beschuldigungen zu unsäglich hohen Strafen unter unsäglich hohen Haftbedingungen verurteilt worden. Was den juristischen Umgang mit Andersdenkenden betrifft, so ist der Begriff Unrechtsregime allemal gerechtfertigt.“

Dr. Jörg Bernhard Bilke

**Wir trauern um**

**Werner Nöckel  
Norbert Hesse**

**Bezirksgruppe Arnstadt/Gotha  
Bezirksgruppe Erfurt**

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren**

# Für Information und Werbung der wahren Geschichtsaufarbeitung

*Im US-Staat Wisconsin gibt es nicht nur das Museum des Kalten Krieges*

Werner Juretzko ist ein Glücksfall für die VOS, reist er doch unbeirrt durch seine jetzige Heimat USA und sammelt dort Informationen, aber er gibt auch weiter, wobei er durch Hinweise auf das von ihm mitgestaltete Coldwar museum immer wieder das Interesse der Amerikaner erregt. Kamerad Juretzko (Foto) kam jüngst nach Milwaukee, die größte Stadt im Bundesstaat Wisconsin, wo er sich das Museum „Man at work“ ansah. Dieses Museum geht auf den aus Deutschland stammenden Gründer Dr. Eckhart Grohmann zurück, der in dem großartigen modernen Gebäude eine Fülle von Kunstgegenständen, die auch auf die deutsche Geschichte verweisen und zu denen vornehmlich Skulpturen und Gemälde gehören, zusammentrug.



Das Coldwar museum, das es seit 1996 gibt, befindet sich ebenfalls in Wisconsin und hat im gesamten Land einen hohen Stellenwert. Es wird durch Förderungen und Spenden unterstützt und vielfach von Aktivisten besucht, die im Kalten Krieg bei der Durchsetzung demokratischer Verhältnisse mitgewirkt haben.

Aus Sicht der VOS ist es wichtig, dass beim großen Bündnispartner USA geschichtliche Aufklärungsarbeit geleistet wird.

*Hugo Diederich*

## Ausstellung zur Friedlichen Revolution des Bürgerkomitees nun auch an Schulen

*Chemnitzer Luisenschule macht den Anfang*

Die Wanderausstellung „Die Friedliche Revolution in Leipzig“ wird nach einigen Stationen vom 19.09. bis 18.10. 2013 in der Aula der Unteren Luisenschule in Chemnitz gezeigt. Damit kommt die Ausstellung erstmals in eine Schule, um die junge Generation, die die Ereignisse von 1989/90 nicht mehr aus eigenem Erleben kennt, direkt zu informieren. Die Kooperation mit der Luisenschule umfasst auch die Einbindung der Ausstellungsinhalte in den Geschichts- und Gemeinschaftskundeunterricht.

Gezielte Führungen werden auf Anfrage angeboten.

## VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

**Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin**

**PVSt Deutsche Post**

**Entgelt bezahlt**

**A 20 666**

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

### Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

**Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81**

**Fax: 030 - 2655 23 82**

Email-Adresse: [vos-berlin@vos-ev.de](mailto:vos-berlin@vos-ev.de)

Sprechzeiten:

Dienstag und Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

**Spenden sind steuerlich absetzbar**

### Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

**Telefon/AB: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2655 23 82**

**Mail: [lv-berlin@vos-ev.de](mailto:lv-berlin@vos-ev.de)**

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

[redaktion@vos-ev.de](mailto:redaktion@vos-ev.de), Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen), Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

### Jahresbeiträge:

– <b>einheitlich für alle Mitglieder ab 2013</b>	45,00 €
– Ehepartner	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

### Internetseiten der VOS und Links unter

[www.vos-ev.de](http://www.vos-ev.de)

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe [vos-ev.de](http://vos-ev.de)

**Die nächste Ausgabe (733) erscheint im November 2013**

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe **732**: 08. Okt. 2013